

Beschluss Flächendeckende Gesundheitsversorgung sichern – die Zukunft braucht neue Ideen!

Gremium: Landesdelegiertenrat
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 4. Schwerpunkt: Flächendeckende Gesundheitsversorgung sichern

Antragstext

1 Beschluss des LDR vom 07.03.2020

2 Das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse in unserem Land ist im Bereich
3 der Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen eine große Aufgabe.

4 Wir erleben im Moment in Sachsen-Anhalt große Sorge um die Hausarztichte,
5 regional unterschiedlich einen Mangel an verfügbaren Pflegeplätzen und
6 ambulanten Pflegedienstleistern und eine ausgewachsene Klinikkrise. Für BÜNDNIS
7 90/DIE GRÜNEN ist klar – wenn wir die Versorgung der Menschen im Land auch unter
8 den Bedingungen des demografischen Wandels dauerhaft sichern wollen, brauchen
9 wir neue Ideen und kluge Antworten auf diese Herausforderung.

10 Für folgende Vorhaben setzen wir uns deshalb ein:

11 1. Als Reaktion auf die im Moment krisenhaft erscheinende Situation der
12 Krankenhäuser im Land soll die Landesregierung unverzüglich einen
13 Klinikgipfel einberufen. Hier sollen alle Akteure – Träger, Kostenträger,
14 Patient*innenvertreter*innen, Pflegevertreter*innen, Landkreise, politisch
15 Verantwortliche – die aktuelle Situation der Kliniken in Sachsen-Anhalt
16 evaluieren, Sofortmaßnahmen vorschlagen und strategische Vorschläge
17 entwickeln.

18 2. Die 47 heutigen Krankenhausstandorte in Sachsen-Anhalt sollen als
19 Standorte für die Gesundheitsversorgung grundsätzlich erhalten bleiben.
20 Sie sichern Erreichbarkeit im ganzen Land.

21
22 Bereiche wie allgemeine internistische Behandlung, allgemeine Pädiatrie,
23 einfache Notfallversorgung und Geburtshilfe sind für uns als
24 Basisversorgung für Alle schnell erreichbar notwendig. Dabei wird nicht
25 mehr jedes Klinikum als Vollversorger fungieren können. Gerade der Abbau
26 lukrativer Spezialabteilungen wird jedoch den Betrieb von Krankenhäusern
27 unrentabel machen. Es ist Aufgabe von Politik dort trotzdem die Versorgung
28 zu sichern. Wir schlagen vor, dafür neue Wege zu gehen und in Verhandlung
29 mit den Kostenträgern und wo nötig als Modellprojekte neue
30 Versorgungsformen zu erproben und zu installieren.

31 ◦ Sektorübergreifende Kooperation (ambulant/stationär) kann einerseits
32 in kleinen Abteilungen ärztliches Fachpersonal sichern, andererseits
33 dem ambulanten Facharztmangel sinnvoll etwas entgegen setzen.

34 ◦ Kooperation mit Pflegeeinrichtungen kann in Verbindung mit
35 angestellten Ärzten gerade in der Basisversorgung sinnvoll sein.
36 Dieser Gedanke ist vor allem vor dem Hintergrund des neuen
37 Berufsbildes in der Pflege (generalistische Ausbildung)
38 zukunftsweisend.

- 39 ◦ Portalkliniken können die Erst- und Notversorgung in der Fläche
40 sichern. In Kooperation z.B. mit Pflegeeinrichtungen
41 (Kurzzeitliegeplätze) wären in einfachen Fällen Verlegungen in
42 größere Häuser sogar unnötig. Portalkliniken können ihr Potential
43 nur ausspielen, wenn die Kooperation zwischen den Krankenhäusern
44 ausgebaut und die Digitalisierung vorangetrieben wird.

- 45 ◦ Die Digitalisierung im Gesundheitsbereich bietet viele Chancen für
46 eine bessere Verzahnung der Leistungen, für kollegialen Austausch
47 und bessere Erreichbarkeit für die Patient*innen. Daher braucht es
48 im Land eine zentrale Schnittstelle für die Weiterentwicklung der
49 Digitalisierung im Gesundheitsbereich. Wir wollen die Einrichtung
50 einer landesweite Stelle, die Aktivitäten bündelt, Modellprojekte
51 anstößt und begleitet und entsprechende technische Kompetenzen
52 aufbaut, um Akteure im Feld zu beraten.

- 53 ◦ Der „Hebammengeleitete Kreissaal“ ist ein Modell um Geburtshilfe
54 einerseits durch höhere Attraktivität des Hebammenberufes und
55 andererseits durch anderen Personaleinsatz zu sichern. Dieses Modell
56 soll ausgeweitet werden und flächendeckend zum Einsatz kommen.

- 57 ◦ Beim Wegfall von Spezialbehandlungsplätzen und notwendigen längeren
58 Rettungs- und Transportwege ist regelmäßig eine Anpassung und
59 Fortschreibung der Bedarfsplanung im Bereich des luftgebundenen
60 Rettungsdienstes notwendig.

61 3. Das Land Sachsen-Anhalt muss zukünftig seiner Verpflichtung zur
62 Investitionsfinanzierung in den Kliniken nachkommen. Auch die jahrelange
63 Unterfinanzierung hat zur strukturellen Destabilisierung der Kliniken im
64 Land beigetragen. Die Kompensierung aus der Krankenhausfinanzierung der
65 Träger wird zukünftig schwerer, da seit Beginn des Jahres die
66 Personalmittel, jahrelang geplanter Puffer, nicht mehr pauschal in den
67 Abrechnungspauschalen (DRGs) sondern konkret gezahlt werden. Zudem fällt
68 es Kliniken zunehmend schwer, Investitionen kreditfinanziert zu
69 realisieren.

70
71 Zudem fordern wir die Bundesregierung zu einer Reform des Systems der
72 Krankenhausfinanzierung auf. Das DRG-System schwächt kleine Standorte mit
73 Grundversorgung vor allem im ländlichen Raum und im Zwei-Säulen-Modell
74 sind gerade für strukturschwächere Länder notwendige Investitionen schwer
75 zu finanzieren.

76 4. Wir wollen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem Zuhause wohnen
77 und leben können. Dafür wollen wir die Pflege im Quartier weiter stärken.
78 Das neu geschaffene Beratungsangebot für die Kommunen zur
79 Quartiersentwicklung begrüßen wir. Wohnortnahe dezentrale Pflegesettings
80 sind mit einem Landesaktionsplan zu untersetzen und zu befördern. Damit
81 beugen wir Pflegebedürftigkeit, unnötigen Krankenhausaufenthalten und
82 erzwungenen Heimaufenthalten vor. Um Heimeinweisungen nach
83 Krankenhausaufenthalten zu reduzieren wollen wir die Tagespflege für

- 84 Kliniken öffnen. So kann der Übergang vom Krankenhaus in ein Pflegesetting
85 mit mehr Ruhe und Selbstbestimmung geplant werden.
- 86 5. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stehen solidarisch an der Seite der
87 streikenden Beschäftigten bei AMEOS. Wir fordern die Landesregierung auf,
88 in jeder geeigneten Form darauf hinzuwirken, dass der Klinikkonzern
89 soziale und arbeitsrechtliche Standards einhält.
- 90 6. Wir erwarten vom Land Sachsen-Anhalt, dass es alles unternimmt, die
91 Landkreise in Wahrnehmung ihrer Aufgabe in der Sicherstellung der
92 Gesundheitsversorgung bei Seite zu stehen. Dazu gehört auch, gemeinsam
93 Wege zu finden, kommunale Kliniken zu sichern, wo sie in Schieflage
94 geraten. Das bedeutet auch, Landkreise bei Überlegungen zur
95 Rekommunalisierung von Kliniken zu unterstützen.
- 96
97 Wir stehen zur Trägervielfalt in der Gesundheitsversorgung – Grundprinzip
98 muss aber sein, dass kein Geld aus den Kliniken zu anderen Zwecken
99 abgeführt wird. Jeder Euro, der aus Land, Bund und den Krankenkassen für
100 die Gesundheitsversorgung fließt, muss auch für Gesundheitsversorgung
101 ausgegeben werden.
102
- 103 Wir unterstützen Kooperation und Trägerverbände.
- 104 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt ist die Sicherung der medizinischen
105 Versorgung im gesamten Land eine der zentralen gesundheitspolitischen Aufgaben
106 unserer Zeit. Nur mit einer funktionierenden Gesundheitsversorgung bleibt
107 Sachsen-Anhalt auch im ländlichen Raum lebenswert.